

KURZSTUDIE :

**DAS BUNDESHEER
UND DER BÜRGERKRIEG
IM FEBRUAR 1934**

Ausgearbeitet im Heeresgeschichtlichen Museum

(Militärwissenschaftliches Institut)

Verfaßt von Dr. Erwin A. Schmidl

WIEN, im Jänner 1984

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: BMLV

Druck: BMLV/Heeresdruckerei

alle: BAG 3, Dampfschiffstr. 2, 1030 WIEN

INHALT

VORWORT	
1. DIE POLITISCHE VORGESCHICHTE DER FEBRUARKÄMPFE	4
2. BUNDESHEER - WEHRVERBÄNDE - EXEKUTIVE	6
3. BÜRGERKRIEG - STAATSTREICH - ASSISTENZ	12
4. DIE KÄMPFE IM FEBRUAR 1934	15
5. ANMERKUNGEN UND LITERATUR	20
6. SKIZZE	22
Die Brennpunkte der Kämpfe vom 12. bis 16. Februar 1934	

EIGENTUM
Bundesministerium
für Landesverteidigung
Kat.Nr. 57.414/1
Präsidialabteilung D

V O R W O R T

Das Jahr 1934 stellt in der österreichischen Geschichte einen Einschnitt dar. Man scheidet gewissermaßen in die Zeit vor und jene nach 1934. Denn in diesem Jahr, und zwar im Februar, scheint etwas passiert zu sein, das die erste österreichische Republik zerfallen ließ und über ihren Untergang entschied. Seit damals fragen wir uns: WIE KONNTE DAS GESCHEHEN?

Schon unmittelbar nach den Februarkämpfen wurden die Ereignisse zu rekonstruieren versucht und hat vor allem das Bundesheer ausführlich dargelegt, wie es - der damaligen Sicht und Erkenntnislage zufolge - zum Bürgerkrieg gekommen ist und wie er verlief. Das Bundesheer mußte ja notgedrungen seinen Einsatz als einen besonderen Einschnitt ansehen, der nicht nur in Erfahrungen, sondern auch darin mündete, daß man Rechenschaft gab.

Nach dem zweiten Weltkrieg verschob sich die Fragestellung und vor allem verschob sich das Gewicht in der Argumentation. Immer mehr wurde allerdings auch deutlich, daß die Trennung in die Zeit vor und nach 1934 nicht wirklich zutreffend war, denn die gesamte Geschichte der Ersten Republik war vom Zerfall gekennzeichnet, und der Bürgerkrieg hatte über wesentlich längere Zeiträume getobt als über fünf Tage im Februar 1934. Der Ausbruch der Kämpfe an dem gewissen 12. Februar kam zwar vom Anlaß und Zeitpunkt her überraschend, doch die bewaffnete Auseinandersetzung war von allen politischen Parteien, von allen paramilitärischen Organisationen, von der Exekutive und vom Bundesheer vorausgedacht und vorbereitet worden.

Für das Bundesheer wurde die Bewältigung des Februar 1934 zu einem sehr wesentlichen Problem. Nicht sofort, wohl aber nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn es wurde dem neuen Heer bei seiner Aufstellung nach dem Staatsvertrag 1955 gewissermaßen die Feststellung in die Wiege gelegt, daß man so ein Heer wie in der Ersten Republik nicht brauche, eines nämlich, das wohl auf Arbeiter schießen könne, den einmarschierenden deutschen Truppen 1938 aber keinen Widerstand leistete.

Dieses sehr verkürzte Urteil, das vor allem daran vorbeisah, daß ein funktionierendes Heer auf Gehorsam gegenüber der legitimen Staatsgewalt aufgebaut ist und von ihr und sonst niemandem seine Befehle erhält, drückte zwar keine historische Erkenntnis aber zweifellos ein deutliches Unbehagen aus. Dabei wurde auch - und das oft bis heute - übersehen, daß das Bundesheer zwar im Bürgerkrieg eine beträchtliche Rolle spielte, doch keinesfalls eigenverantwortlich handelte und nur als Assistenztruppe einschritt, wenn ein ausdrückliches Ersuchen an das Heer gerichtet wurde.

Die Assistenzanforderungen an das Heer hatten von Jahr zu Jahr zugenommen. 1928 waren 150 000 Stunden an Assistenzeinsätzen zu leisten gewesen, 1929 rund 300 000 Stunden und 1933 waren es etwa 150 politische Einsätze mit wohl über 1/2 Million Einsatzstunden. Gewiß gab es auch bei diesen Einsätzen Unterschiede. Immer wieder auch waren Tote zu beklagen gewesen. Doch nimmt man die innenpolitischen Einsätze des Bundesheeres der Ersten Republik insgesamt, dann kann die Feststellung getroffen werden, daß es 1931 gegen die in der Steiermark putschende Heimwehr, im Februar 1934 gegen den Republikanischen Schutzbund und im Juli 1934 gegen die putschenden Nationalsozialisten eingesetzt wurde. Die Einsätze des Heeres richteten sich somit gegen paramilitärische Gruppen der unterschiedlichsten politischen Ausrichtung. Das ändert freilich nichts daran, daß diese Einsätze eine verschiedenartige Bewertung zu erfahren haben und sicherlich auch noch in Zukunft diskutiert werden.

Die im nachfolgenden gegebene kurze Darstellung soll mehr der eingangs aufgeworfenen Frage: Wie konnte das geschehen? nachgehen, als daß danach gefragt wird, wie die Kämpfe im Februar 1934 verliefen. Eines aber sollte gewissermaßen vorneweg angemerkt werden: **DIE LEHREN AUS DEM FEBRUAR 1934 WIRKEN NACH!**

Das war und ist nicht nur daran zu ermessen, daß von seiten der politischen Parteien eine andere Politik verfolgt wird als in der Ersten Republik. Deutlichster Ausdruck der aus der Vergangenheit gezogenen Lehren ist es, daß sich die Zweite Republik ihr Gewaltmonopol von allem Anfang an sichern wollte. Zwar gab es auch in der Besatzungszeit Ansätze zur Ausbildung paramilitärischer Formationen. Doch mit dem Abschluß des Staatsvertrages gingen

zwei Entscheidungen Hand in Hand: Österreich forderte und erhielt die Zustimmung der Staatsvertragsmächte, daß es ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht aufbauen konnte. Das wurde als wesentlichste Voraussetzung angesehen, um den Erhalt des Staates und der demokratischen Staatsform auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Damit aber nicht genug, wurde mit dem Wehrgesetz 1955 ein ausdrückliches Verbot der Bildung paramilitärischer Formationen ausgesprochen.

Das Bundesheer der Zweiten Republik hat sicherlich auch weiter an seinem Erbe zu tragen, da ihm ja schließlich die Tradition des 1. Bundesheeres zugewiesen wurde. Das Heer soll sich dieser Überlieferung nicht entziehen, wobei man sich bewußt sein muß, daß diese Überlieferung auch unter völlig geänderten Voraussetzungen wahrgenommen wird.

Dozent Dr. RAUCHENSTEINER Manfred

DIE POLITISCHE VORGESCHICHTE DER FEBRUARKÄMPFE

Die späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre waren in Österreich durch eine Verschärfung des innenpolitischen Klimas und eine Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung gekennzeichnet. Das Demokratiebewußtsein und das Vertrauen der Bevölkerung in das parlamentarische System wurden durch die Wirtschaftskrise weiter geschwächt.

In dieser Situation gewannen zwei Faktoren an Bedeutung. Zum einen war es der Republik von Anfang an nicht möglich gewesen, der staatlichen Gewalt ein Monopol zu sichern, und die verschiedenen paramilitärischen Verbände entwickelten bald ein verhängnisvolles Eigenleben. Es erschien ihnen angesichts der Bedrohung durch die jeweils gegnerischen Gruppen notwendig, die eigene Schlagkraft zu erhöhen; die Wehrverbände gewannen auch immer mehr Einfluß auf die politischen Parteien. So wirkte der Republikanische Schutzbund auf die Politik der Sozialdemokraten, während auf der anderen Seite die parteilosen, ja parteifeindlichen Heimwehren die Politik der christlich-sozialen Partei beeinflussen konnten.

Zum anderen aber gelangte um 1930 eine Politikergeneration an die Macht, die vom Erlebnis des Ersten Weltkrieges geprägt war und sich auch für politische Probleme nur "militärische" Lösungen vorstellen konnte. Von jener Konsensbereitschaft, die die Aufbauphase der Zweiten Republik kennzeichnen sollte, war in den dreißiger Jahren herzlich wenig zu spüren.

Die "Selbstaflösung" des Parlaments am 4. MÄRZ 1933 wurde vom Bundeskanzler Dollfuß als "Fingerzeig Gottes" begrüßt. Sie bot schließlich der Regierung den Vorwand, in einem quasi-Staatsstreich die verfassungsmäßigen Institutionen zu beseitigen: Ein Wieder-Zusammentreten des Nationalrates wurde durch die Exekutive verhindert; die Lahmlegung des Verfassungsgerichtshofes im Herbst 1933 beseitigte auch dieses wichtige Kontrollorgan. Die Regierung Dollfuß regierte mit Hilfe von Notverordnungen auf der (juristisch bedenklichen) Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 und mit der stillschweigenden Duldung durch

den Bundespräsidenten.

Dabei muß man berücksichtigen, daß das Regierungslager keineswegs geschlossen war: Hatte die christlich-soziale Partei ursprünglich gehofft, mit Unterstützung der Heimwehren ihre Macht zu festigen, so gewannen diese in den folgenden Jahren ihrerseits immer mehr Einfluß auf die Regierung. Gleichzeitig setzte sich innerhalb der Heimwehrebewegung, die ursprünglich eine äußerst vielfältige, politisch bestenfalls durch den Anti-Marxismus auf einen gemeinsamen Nenner zu bringende Gruppierung war, der italienisch-faschistische Einfluß durch, während das deutschnationale, vor allem aber das nationalsozialistische Element nach dem gescheiterten Putsch des steirischen Heimwehrführers Walter Pfrimer, 1931, an Einfluß verlor.

Dadurch verstärkte sich der italienische Druck auf die Regierung Dollfuß, ein Druck, der auch bei der Einleitung des autoritären Kurses sowie bei den Waffensuchen und Verhaftungen führender Funktionäre des (seit März 1933 verbotenen) Schutzbundes eine Rolle spielte. Doch dürfte das für die Auslösung der Februarereignisse nicht entscheidend gewesen sein. Diese Kämpfe erscheinen doch primär als eine österreichische Angelegenheit, die allerdings im internationalen Zusammenhang ebenso wie in der über Österreich hinausgehenden Bedeutung gesehen werden muß.

Ebenfalls berücksichtigt werden muß die nationalsozialistische Komponente. Denn die NS-Terroranschläge, die schon im Juni 1933 zum Verbot der NSDAP und ihrer Wehrformationen in Österreich geführt hatten, wurden im Jänner 1934 neuerlich intensiviert. Obwohl sich Kontakte zwischen NS-Aktivisten und linksextremen Gruppen der Arbeiterschaft bzw. der Sozialdemokratie nur in Einzelfällen belegen lassen¹⁾, trug die Furcht der Regierung Dollfuß vor einem Zusammenwirken von Nationalsozialisten und radikalen Elementen des Schutzbundes sicher zu dem Wunsch bei, die Gefahr für Regierung und Staat möglichst rasch zu beseitigen. Diese Befürchtung erscheint zwar aus heutiger

Sicht kaum gerechtfertigt ²⁾, doch sollte man nicht vergessen, daß auch 1938 die "Wiederherstellung geordneter Zustände" als Vorwand für den deutschen Einmarsch diente.

Überhaupt muß bei dem Versuch, das Vorgehen Dollfuß' 1933/34 zu verstehen, die außenpolitische Situation mit einbezogen werden. Österreich hatte durch seine Lage im Donauraum eine strategische Bedeutung für Europa überhaupt. Fast alle Nachbarstaaten Deutschland, Italien, Ungarn und die Staaten der Kleinen Entente, vor allem die Tschechoslowakei und Jugoslawien, schienen fähig und gewillt, ihre Interessen notfalls auch durch militärischen Druck auf Österreich bzw. durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs zu wahren. In letzter Konsequenz fürchtete man sogar die Austragung eines italienisch-jugoslawischen Konflikts auf österreichischem Boden ³⁾.

Gegen diesen Druck von außen glaubte sich Dollfuß nur durch die Ausschaltung der inneren Opposition, zumindest aber ihrer Wehrformationen, behaupten zu können. Das Bemühen um eine Wiedergewinnung des staatlichen Machtmonopols richtete sich daher ebenso gegen eine mögliche Gefahr von außen wie gegen die innenpolitische Opposition der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Diese Zwangslage, in der sich die Regierung Dollfuß 1934 befand, erklärt auch die Reaktion der Weltmächte auf die Februarereignisse 1934. Das internationale Ansehen Österreichs erlitt durch das Vorgehen der Regierung im Bürgerkrieg praktisch keine Einbuße.

BUNDESHEER - WEHRVERBÄNDE - EXEKUTIVE:

Es wäre falsch, ein Gegensatzpaar "Schutzbund - Bundesheer" konstruieren zu wollen. Denn 1934 kämpfte der Schutzbund nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie, gegen das Bundesheer, sondern vor allem gegen Polizei bzw. Gendarmerie, zu denen das Schutzkorps als eine Art Hilfspolizei sowie regierungstreue Heimwehrgruppen kamen, die sich dann auch einen großen Teil der erbeuteten Schutzbundwaffen sicherten.

Es erscheint daher besonders kennzeichnend, daß - soweit man das heute feststellen kann - das Bundesheer nicht gerade stolz auf seinen Einsatz im Februar 1934 war. Die offizielle Darstellung des Bundesheeres erschien "nur für den Dienstgebrauch" und beeindruckt im Vergleich zu den Gedenkpublikationen der Heimwehr und der Exekutive durch eine zurückhaltende Sprache. Der Februar-Aufruhr 1934 wird zwar als "die eigentliche Feuertaufe (des Bundesheeres), die es in Ehren empfang", bezeichnet, gleich darauf aber bedauert, "daß dies leider im Kampfe gegen Volksgenossen sein mußte"⁴⁾. Das Bundesheer sah seine eigentliche Aufgabe zweifellos - und obwohl ihm dies durch die Einschränkungen von St. Germain praktisch unmöglich gemacht war - im Schutz der Grenzen gegen eine Bedrohung von außen. Eine Verwendung gegen den "inneren Feind" erschien zwar der Regierung als ultima ratio zur Unterstützung von Sicherheitswache und Gendarmerie geboten, entsprach aber keineswegs dem Selbstverständnis des Heeres.

Dabei brachte das Bundesheer der Regierung zweifellos gewisse Sympathien entgegen, die der - durch Übernahme der k. u. K. Tradition - wieder- bzw. neugewonnenen österreichischen Identität sowie der begonnenen Nachrüstung unter bewußter Verletzung der Bestimmungen von St. Germain entsprangen. (1938 konnte das "Handbuch der bewaffneten Macht" dann stolz feststellen, daß "mit dem Ausbau der bewaffneten Macht die unwürdigen Fesseln der Friedensverträge abgestreift" worden seien).

Ein Einsatz des Bundesheeres als Instrument der Regierung zur Absicherung des autoritären Kurses lag nur insofern im Interesse des Bundesheeres, als durch die Ausschaltung der oppositionellen bzw. später durch die Eingliederung der im weitesten Sinn "bürgerlichen" Wehrverbände zum ersten Mal eine außenpolitische Handlungsfreiheit möglich schien. Darüber hinaus griff das Bundesheer nie von sich aus in das Geschehen ein, sondern fungierte lediglich als Assistenz zur Ausübung der Sicherheitspolizei über Anforderung der

befugten zivilen Behörden bzw. der Exekutive⁵⁾.

Durch die Politik der Bundesregierung wurde das Bundesheer aber immer mehr in die innenpolitische Auseinandersetzungen hineingezogen. Noch 1928 konnte das Bundesheer beim großen "Arbeitertag" in Wiener Neustadt gewissermaßen als neutrales Element die aufmarschierenden Massen von Schutzbund und Heimwehr trennen. Doch verlor es dieses Image der neutralen Ordnungsmacht in dem Maße, indem es von der Regierung des beginnenden "Ständestaates" gegen die Wehrverbände insbesondere der Sozialdemokraten und (vor allem seit 1933) der Nationalsozialisten eingesetzt wurde. Besonders markant für diese Entwicklung war der Einsatz des Bundesheeres zur Verhinderung des Maiaufmarsches 1933.

Dabei konnte das Bundesheer auch den Heimwehren nicht allzu viel Sympathien entgegenbringen, und es war nur konsequent, daß anlässlich des sogenannten Pfrimer-Putsches 1931 Heereseinheiten gegen die aufständischen Heimatschützer eingesetzt wurden.

Verstand sich das Bundesheer als neutrale Ordnungsmacht im Interesse des Staates, so galt andererseits das Bundesheer auch für den Schutzbund keineswegs als der Hauptgegner. Nach den Februarkämpfen 1934 kritisierte der geflüchtete Kommandant des Schutzbundes, Dr. Julius Deutsch, zwar auch die "rohe Soldateska", viel heftiger jedoch "die vertierte, blutgierige Heimwehr"⁶⁾ (diese vergleichsweise gemäßigte Kritik mag auch daher rühren, daß Deutsch als ehemaliger Offizier von dem einer Armee innenwohnenden Verhältnis von Befehl und Gehorsam wußte). Als Hauptgegner des Schutzbundes wurden jedenfalls die Heimwehren angesehen - eine Einschätzung, die wohl auf Gegenseitigkeit beruhte.

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur bewaffneten Macht war auch durchaus nicht von vornherein negativ: Nach 1918 verfügte die Sozialdemokratie sowohl in der Volkswehr als auch zunächst im Bundesheer über den dominierenden Einfluß,

das Heer erschien als der Garant der "Revolution" gegen einen Umsturzversuch der "Reaktion".

Die zunehmende "Umpolitisierung" des Bundesheeres unter Carl Vaugoin in den zwanziger Jahren hatte die Sozialdemokratie jedoch vor eine neue Situation gestellt: ihr Einfluß im Bundesheer bzw. auf die Soldaten ging weitgehend zurück. Statt dessen wurde 1923, aufbauend auf den alten Ordnergruppen der Partei, der Republikanische Schutzbund geschaffen. Einerseits sollte er als Gegengewicht zu den bürgerlichen Wehrverbänden dienen, um den demokratischen Kampf um die Macht im Staate abzusichern. Andererseits aber sollte er, wie dies im Linzer Parteiprogramm 1926 formuliert wurde, auch zum Mittel der Gewalt greifen, falls entweder eine "Gegenrevolution der Bourgeoisie" in einer bürgerkriegsartigen Weise die Macht an sich zu reißen drohte oder aber, falls sich der Klassengegner der "gesellschaftlichen Umwälzung durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörungen mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte" ⁷⁾.

Auf der nicht-marxistischen Seite wurden daraufhin die aus den lokalen Wehrformationen der ersten Nachkriegswochen entstandenen Heimwehren als Gegengewicht zum Republikanischen Schutzbund weiter ausgebaut: Die "Rüstungsspirale" begann sich zu drehen.

Die Förderung der paramilitärischen Verbände aller Lager schien bis zu einem gewissen Grad sogar im staatlichen Interesse gelegen, da die Wehrfähigkeit Österreichs durch den Friedensvertrag von St. Germain sehr eingeschränkt worden war und die Duldung, ja sogar Unterstützung der Wehrverbände letztlich im Interesse einer Verteidigung Österreichs notwendig schien. Immerhin gab es anlässlich italienischer Einmarschdrohungen in Tirol 1925/26 konkrete Vorbereitungen einer gemeinsamen Grenzverteidigung durch Bundesheer und Wehrverbände.

Während der blutigen Unruhen des 15. Juli 1927 wurde der Schutzbund erst spät mobilisiert und versagte bei dem Versuch, die erregte Menge zurückzuhalten. Sein Auftreten auf Seiten der Polizei gegen die Demonstranten trug ihm allerdings von kommunistischer bzw. linkssozialistischer Seite prompt den

Vorwurf ein, ein gegenrevolutionäres Instrument der bourgeoisen sozial-demokratischen Parteiführung zu sein.

Nach dem Juli 1927 wurde der Schutzbund verstärkt und, auch mit ausländischer Hilfe, aufgerüstet. Dabei setzte sich die Gruppe um Alexander Eifler und Dr. Julius Deutsch, die für eine stark paramilitärische, konventionelle Organisation eintraten, gegen die Ideen Theodor Körners durch, dem eine revolutionäre Guerilla vorschwebte. Dies ist auch insofern von Bedeutung, als Deutsch und Eifler eine Gegnerschaft des Schutzbundes zur Exekutive und zum Bundesheer forcierten, während Körner eine Unterwanderung des Heeres gefordert hatte, um die Truppe zu zersetzen und ihre Verlässlichkeit in Frage zu stellen. Die Verhärtung der innenpolitischen Fronten von 1927 bis 1934 ist sicherlich zum Teil auch auf diese Konfrontationspolitik der Schutzbundführung zurückzuführen⁸⁾.

Allerdings waren die Pläne Eiflers - von Körner wohl zu Recht als "geistlos militaristisch" kritisiert - mangelhaft durchdacht und nahmen z. B. auf Eventualitäten, wie sie im Jänner und Februar 1934 durch die Verhaftung wichtiger Schutzbundfunktionäre gegeben waren, zu wenig Rücksicht⁹⁾.

Die festungsartigen Gemeindebauten, die Eifler in seinen Plan miteinbezogen hatte und um die auch im Februar 1934 erbittert gekämpft wurde, boten nur einen trügerischen Schutz und verleiteten zu einer defensiven Kampfführung, in deren Verlauf - wie es auch Körner richtig vorhergesehen hatte - die Exekutive letztlich Sieger bleiben mußte¹⁰⁾.

Immerhin aber verfügte der Schutzbund, diese "Kampfgruppe des Proletariats", über ein beachtliches militärisches Potential, war straff organisiert und gut bewaffnet. Vor allem weckte seine Existenz die Befürchtungen der Gegenseite die durch die radikale Phraseologie der österreichischen Sozialdemokratie noch verstärkt wurden.

Von der sozialdemokratischen Parteiführung wurde aber übersehen, daß die Stimmung in der Bevölkerung 1934 eine andere

war als 1918 und auch noch 1927. Dies zeigte sich dann am 12. Februar 1934 in der mangelhaften Befolgung des Aufrufs zum Generalstreik. Bei Arbeitslosenzahlen von einer halben Million Menschen schätzten viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz für wichtiger ein als den bewaffneten Kampf um eine Revolution, an deren Ideale vielleicht viele von ihnen gar nicht mehr glaubten.

Bei dieser mangelhaften Kampfbereitschaft mag auch die passive Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung gegenüber der innenpolitischen Entwicklung 1933 mitgespielt haben. Immerhin wandten sich nach dem Scheitern des Februaraufstandes etliche Sozialisten radikaleren Gruppierungen, den Kommunisten aber auch den Nationalsozialisten, zu.

Vor allem aber fehlte den Sozialdemokraten am 12. Februar 1934 die Möglichkeit, die Vorbereitungen für den Bürgerkrieg den Plänen Eiflers entsprechend in die Tat umzusetzen. Zum Teil, weil sie von den Linzer Ereignissen überrascht wurden, zum Teil freilich auch, weil durch die Präventivmaßnahmen der Exekutive etliche geplante Aktionen gar nicht stattfinden konnten.

Es ist heute fast unmöglich, genaue Zahlen über die Stärken der verschiedenen Wehrverbände anzugeben. Für den Februar 1934 kann man ungefähr von folgenden Stärken ausgehen: Das Bundesheer war erst 1933 durch die Aufstellung des Militärassistentenkorps annähernd auf den laut St. Germain erlaubten Stand von 30 000 Mann gebracht worden. Davon waren rund 70 % BERUFSSOLDATEN (sechsjährige Dienstzeit), der Rest bestand aus nur sechs Monate dienenden sogenannten "A-Männern". Bei Ausbruch der Unruhen befanden sich ca. 4200 Bundesheerangehörige in Wien.

Polizei und Gendarmerie können zusammen mit knapp 20 000 Mann angegeben werden, von denen rund 7500 in Wien lagen.

Für die Wehrverbände sind wir überhaupt auf Schätzungen angewiesen. Insgesamt wird man für den Februar 1934 rund 140 000

Mann annehmen müssen, davon rund 30 000 Heimwehren (einschließlich des Schutzkorps, einer Art Hilfspolizei, befanden sich davon 8500 Mann in Wien) und 15 000 (1600 in Wien) der christlich-deutschen Gruppen. Die Stärke der (illegalen) nationalsozialistischen Wehrformationen wurde mit 26 500 Mann (5000 in Wien) angegeben. Der Mitgliederstand des seit 1933 verbotenen Republikanischen Schutzbundes wurde auf 61 900 Mann geschätzt, davon 17 500 in Wien ¹¹⁾. Generell muß gesagt werden, daß 1934 jeweils nur ein Teil der genannten Stärken zum Einsatz kam; insbesondere die Zahl der kämpfenden Schutzbündler ist so gut wie nicht feststellbar.

BÜRGERKRIEG - STAATSTREICH - ASSISTENZEN:

Während sich das Bundesheer bis zur Mitte der zwanziger Jahre so gut wie nicht mit der Möglichkeit eines Einsatzes im Falle eines Bürgerkriegs auseinandersetzte, begann man sich ab 1926 und besonders am Beginn der dreißiger Jahre ernsthaft mit dieser Möglichkeit zu beschäftigen. Das entsprang natürlich der immer angespannteren politischen Situation und der Aufrüstung der verschiedenen Wehrformationen.

Parallel dazu wurden auch im Republikanischen Schutzbund entsprechende Überlegungen angestellt. Konkrete Pläne bestanden ab 1929 und waren vor allem von den Ideen Eiflers und Deutsch' getragen. Als auslösendes Ereignis wurde dabei ein Putsch der Heimwehren, die ja der Hauptgegner des Schutzbundes waren, angenommen, wobei das Zentrum Wiens mit den Regierungsgebäuden besetzt würde. Der Schutzbund sollte daraufhin die inneren Bezirke der Stadt zunächst aussparen und sich entlang des Gürtels konzentrieren; Polizeiwachzimmer bzw. Kasernen sollten gestürmt oder zerniert werden, ehe an das Freikämpfen der ganzen Stadt gegangen werden konnte. Einer derartigen Operation des Schutzbundes sollte ein Generalstreik vorausgehen ¹²⁾.

Auch die Heimwehren beschäftigten sich mit der Möglichkeit eines Bürgerkriegs; aufbauend auf Erfahrungen aus den Nachkriegskämpfen in Deutschland wurde eine Anleitung für das "Einschreiten gegen Tumulte und für den Straßenkampf" verfaßt. Ein Exemplar dieser Anleitungen gelangte 1932 ins Bundesministerium für Heereswesen, wo noch im selben Jahr Richtlinien für den Einsatz des Bundesheeres zur Bekämpfung von Unruhen sowie für den Straßenkampf ausgegeben wurden. Ebenfalls seit 1932 fanden regelmäßige Besprechungen zwischen Vertretern von Heer, Polizei und Gendarmerie statt, um einen allfälligen Einsatz zu koordinieren. Ein möglicher Einsatz gegen einen Aufstand in Wien und den Bundesländern wurde in groben Zügen abgesprochen, wobei der Einsatz von Artillerie im Kampf um Barrikaden und feste Stützpunkte nie in Frage gestellt wurde.

Dementsprechend sollte in Wien in der Inneren Stadt eine starke Eingreifreserve zusammengestellt werden und das Eindringen von Aufständischen in die inneren Bezirke verhindert werden. Zur Freihaltung der Bahnlinien wurden mit der Vorbereitung improvisierter Panzerzüge begonnen. Natürlich hatte sich auch die Polizei seit den Juliunruhen 1927 auf einen möglichen Einsatz gegen Aufständische vorbereitet: Innerhalb der Wiener Sicherheitswache wurde eine eigene "Alarmabteilung" aufgestellt, deren zwölf Kompanien kaserniert waren und von denen jeweils drei Kompanien ständige Bereitschaft hielten. Die Alarmabteilung war infanteriemäßig bewaffnet und wurde vom Bundesheer ausgebildet. Überdies wurden 1933 drei Skoda-Panzerautos ("Schildkröte") angeschafft, die mit MGs bewaffnet waren. Eine eigene Technische Abteilung sollte die Stromversorgung durch Notstromaggregate auch im Falle eines Generalstreiks sicherstellen. Darüber hinaus verfügte die Wiener Polizei in Aspern über vier Flugzeuge, die im Februar 1934 ebenso wie drei Maschinen des Heimwehr-

fliegerkorps zu Aufklärungsflügen sowie - behelfsmäßig mit MGs bewaffnet - auch gelegentlich zu versuchten "Luftangriffen" eingesetzt wurden. Demgegenüber verfügte das Bundesheer 1934 offiziell noch über keine Luftstreitkräfte (die eben erst getarnt im Aufbau befindliche Fliegertruppe kam im Februar 1934 noch nicht zum Einsatz, sondern erst während des Juli-Putsches). Ebenso wenig verfügte das Bundesheer über Panzer; es erhielt die ersten Spähpanzer erst im März 1934, die ersten Kettenpanzer (auch nur mit MGs bewaffnet) überhaupt erst 1935.

Rechtliche Grundlage für einen eventuellen Einsatz nicht nur von Polizei und Gendarmerie, sondern auch des Bundesheeres in einer bürgerkriegsartigen Situation waren die gesetzlichen Regelungen der Assistenzeneinsätze. Diese 1934 gültigen Bestimmungen über den Einsatz des Bundesheeres zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren im Rahmen von Assistenzeneinsätzen waren den heute geltenden nicht unähnlich ¹³⁾.

Assistenzeneinsätze durften laut der Allgemeinen Dienstvorschrift 1928, § 51 ff, nur über "Anforderung der bürgerlichen Gewalt, öffentlichen Behörden oder deren Organen" erfolgen:

"... Die militärischen Kommandos dürfen die Beistellung einer Assistenz nicht verweigern, wenn sie von einer zur Anforderung berechtigten Stelle für einen der in Punkt 1 genannten Zwecke angesprochen wird ...

Der Kommandant der Assistenz und die selbständig verwendeten Unterkommandanten haben alles daranzusetzen, um den Zweck der Assistenz ohne Waffengebrauch zu erreichen.

Vereinzelte Herausforderungen, bloße Beschimpfungen sowie das mit Tumulten gewöhnlich verbundene Geschrei und Pfeifen rechtfertigen noch nicht den Waffengebrauch.

Der Waffengebrauch hat einzutreten:

- a) bei Tumulten und aufrührerischen Bewegungen auf ausdrückliches und begründetes Verlangen des politischen oder polizeilichen Beamten, wenn dessen vorausgegangene Aufforderung zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes erfolglos geblieben sind und auch der Kommandant der ihm beigegebenen Truppen von der Notwendigkeit des Waffengebrauchs überzeugt ist;

- b) wenn eine Truppe tötlich oder gar mit Waffen angegriffen wird, desgleichen, wenn Leute mit Waffen oder sonstigen Gewaltwerkzeugen in feindseliger Absicht gegen die Truppen drängen und zu besorgen ist, daß hiedurch die Truppen in ihrer Aktionsfähigkeit behindert werden. ..."

Auch während des Bürgerkrieges 1934 erfolgten die Assistenz-einsätze des Bundesheeres entsprechend diesen Vorschriften und grundsätzlich nur über Anforderung der zuständigen Sicherheitsbehörden. Sie waren zeitlich und räumlich begrenzt. Es handelte sich also formal nicht um militärische Aktionen, sondern um die Verwendung des Bundesheeres im Rahmen der Sicherheitspolizei.

Der Einsatz des Bundesheeres in den Februarkämpfen war natürlich keineswegs der erste Assistenzeinsatz. In der vorhergehenden Zeit, vor allem im spannungsgeladenen Jahr 1933 und auch wieder in den ersten Wochen 1934, war es immer häufiger zu Assistenzleistungen gekommen, wobei häufig das Auftreten der Truppe allein schon den gewünschten Erfolg sicherte, ohne daß es zum Waffengebrauch kommen mußte. Trotzdem trugen derartige Aktionen nicht gerade dazu bei, bei den sozialdemokratischen bzw. nationalsozialistischen Wehrverbänden Sympathien für das Bundesheer zu erwecken - und umgekehrt. Ein guter Teil der in den Februar- und Julikämpfen 1934 auf beiden Seiten zu beobachtenden Erbitterung dürfte auf die in den Jahren zuvor aufgestauten Emotionen und Haßgefühle zurückzuführen sein.

DIE KÄMPFE IM FEBRUAR 1934¹⁴⁾:

Die Auslösung der Februarunruhen 1934 erfolgte in Linz in den Morgenstunden des 12. Februar, als Schutzbundangehörige bei der Durchsuchung des Parteiheims im "Hotel Schiff" durch die Polizei zu den Waffen griffen, das Feuer auf die Polizei eröffneten und der Exekutive ein Feuergefecht lieferten, worauf von der alarmierten Linzer Garnison Assistenztruppen beigestellt wurden.

Die Wiener Parteiführung der Sozialdemokraten wurde von diesen Ereignissen überrascht und zeigte sich außerstande, klare Direktiven zu geben. Außerdem waren die Schutzbündler im Westen Wiens durch den Verrat eines Kommandanten führerlos; durch die Verhaftungen prominenter Schutzbundführer in den Tagen vor dem 12. Februar war es darüber hinaus vielen Schutzbündlern unmöglich, die versteckten Waffen zu finden.

Der knapp vor 12 Uhr ausgerufene Generalstreik wurde nicht von allen Arbeitnehmern befolgt, behinderte aber oft Schutzbündler am Erreichen ihrer Bereitstellungen. Demgegenüber errichtete die Exekutive planmäßig eine Sperrzone um die Innere Stadt, innerhalb der auch die Einsatzreserve des Bundesheeres bereitgestellt wurde. Für die anfallenden Assistenzforderungen waren aber keineswegs genügend Truppen vorhanden, sodaß die Kräfte an verschiedenen Punkten nacheinander eingesetzt wurden. Manche Unternehmungen konnten überhaupt nur in Etappen vorgenommen werden, so z. B. die Einnahme des Karl Marx-Hofes. Dieses Vorgehen wurde aber dadurch erleichtert, daß die Kämpfe in verschiedenen Stadtteilen nacheinander ausbrachen. Der Schutzbund befand sich von vornherein in der Defensive und stützte sich vor allem auf die Gemeindebauten, um die auch die heftigsten Kampfhandlungen entflammten.

Noch im Laufe des 12. Februar wurde das Hauptquartier der Schutzbundführung in Meidling (Ahornhof) lahmgelegt und das Wiener Rathaus besetzt. Von den Gemeindebauten war bis zum Abend dieses Tages der Reumannhof im V. Wiener Gemeindebezirk erstürmt. Im Raum von Simmering kam es auf der Simmeringer Hauptstraße, in der Grillgasse und der Geiselbergstraße vor Barrikaden des Schutzbundes zu längeren Feuerwechseln, wobei das Bundesheer zunächst nur vorübergehende Erfolge erzielte.

Auch der erste Angriff auf den Karl Marx-Hof am 13. Februar drang nicht durch, dafür fielen in den Vormittagsstunden das Ottakringer Arbeiterheim und gegen Mittag der Schlingerhof

in Floridsdorf. Um die gleiche Zeit endete auch der Kampf auf dem Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof. Ein zweiter Angriff auf den Karl Marx-Hof war noch immer nicht von Erfolg begleitet. Im übrigen Bezirk Döbling brach aber der Widerstand im Laufe des Nachmittags und in den frühen Abendstunden des 13. Februar durch die Erstürmung des Obkircherhofes und die Besetzung des Budinsky- und des Flotow-Hofes gänzlich zusammen. Der Karl Marx-Hof selbst konnte wegen der zu geringen verfügbaren Truppen auch am 14. Februar noch nicht genommen werden. Erst am 15. Februar lebte die Schießerei wieder auf; vor dem Einsatz massiver Heeresassistenzen (zwei Bataillone und drei Batterien Artillerie) hißten die Schutzbündler kurz vor Ablauf des im Radio verlautbarten Ultimatums der Regierung die weißen Fahnen und räumten das Gebäude, was ihnen auch gelang, da die Truppen der Regierung zu einer Zernierung des ganzen, rund einen Kilometer langen Komplexes zu schwach waren.

Daß der erste Angriff der Exekutive auf den Karl Marx-Hof am 13. Februar abgebrochen werden mußte, war vor allem darauf zurückzuführen, daß gleichzeitige Kämpfe in Meidling, vor allem aber in Floridsdorf, den Abzug der Heeresassistentz in diese Bezirke erforderlich machten. Vor allem in Floridsdorf entbrannten heftige Kämpfe, hier befand sich auch die Elite-Formation des Republikanischen Schutzbundes, das Bataillon "Karl Marx". Auch am 14. Februar lag das Schwergewicht der Kämpfe eindeutig in Floridsdorf.

Am Vormittag wurde vom Bundesheer der schon seit dem Vortag zernierte FAC-Platz-Hof genommen; etwas später folgten das Floridsdorfer Arbeiterheim und der Bahnhof von Floridsdorf. Umkämpft waren auch der Goethe-Hof sowie die Barrikaden an der Kagraner Brücke. Das erstgenannte Objekt konnte erst in den Morgenstunden des 15. Februar besetzt werden. Nach kurzer Artillerievorbereitung war in den Vormittagsstunden der Widerstand auch in der sogenannten "Gartenstadt" zu Ende gegangen.

Am 16. Februar flammte hie und da noch vereinzelter Widerstand auf, im übrigen aber war die Assistenzleistung zu Ende.

Obwohl die Entscheidung der Februarkämpfe eindeutig in Wien gefallen war und hier auch die schwersten und heftigsten Kämpfe stattfanden, kam es doch auch in einigen Bundesländern zu Kämpfen. Dies gilt vor allem für Oberösterreich, wo der Bürgerkrieg ja auch seinen Ausgang genommen hatte: In Linz, Steyr aber auch im Hausruckgebiet sowie bei Stadt-Paura und in Ebensee kam es zu teils blutigen Kämpfen, die sich bis zum 18. Februar hinstreckten.

Auch in der Steiermark, in Graz, ebenso wie im Industriegebiet um Bruck/Mur und Kapfenberg, erzwangen Unruhen im Laufe des 12. Februar den Einsatz von Heeresassistenzen.

Ansonsten kam es in Niederösterreich (St. Pölten, Amstetten, Mödling) zu vereinzelt Aktionen, die den Einsatz von Heeresassistenzen erforderlich machten, ebenso in Wörgl in Tirol, Wolfsberg in Kärnten sowie in Hallein.

Hier zeigt sich auch der wohl deutlichste Unterschied zwischen den Februarkämpfen und dem NS-Putschversuch im Juli 1934. Konzentrierten sich die Februarkämpfe im wesentlichen auf städtische Gebiete und die Industriezentren, vor allem auf Wien, so fanden die Julikämpfe in erster Linie in ländlichen Gebieten statt und waren von Gefechten in bergigen Regionen bzw. um kleiner Dörfer gekennzeichnet. Beide Ereignisse sind zudem durch ihren verschiedenartigen Charakter und das daraus resultierende unterschiedliche Vorgehen von Exekutive und Heer nicht zu vergleichen.

Die Kampfhandlungen des Februar 1934 waren auf beiden Seiten von Haß und Erbitterung gekennzeichnet. Hier gegeneinander aufzurechnen, wäre sinnlos.

Nach dem derzeitigen Stand der Forschung ist kein Fall einer Befehlsverweigerung durch Angehörige des Bundesheeres bekannt. Es gibt aber Hinweise auf einzelne sozialdemokratische Sympathisanten innerhalb des Heeres, die trotz ihrer politischen Einstellung im Februar 1934 befehlsgemäß ihre Pflicht taten.

Die Verluste waren auf beiden Seiten hoch. Das Bundesheer hatten nach der offiziellen Darstellung 30 Tote und 143 Verwundete zu beklagen; einschließlich der unbeteiligten Zivilisten dürfte eine Gesamtzahl von etwa 500 Toten auf beiden Seiten realistisch sein.

Während der Geltung des Standrechtes und der Todesstrafe für Aufruhr (bis zum 21. Februar) wurden 9 Todesurteile vollstreckt. Insgesamt waren fast 8000 Sozialdemokraten vorübergehend interniert worden, die jedoch im Laufe der nächsten Monate wieder freigelassen wurden, die letzten im Zuge der Weihnachtsamnestie 1934.

Bereits bei der Darstellung der Vorgeschichte wurde auf die außenpolitische Komponente hingewiesen. Diese zeigte sich auch im Februar 1934 sehr deutlich: Nicht nur waren ausländische Militärbeobachter eifrig bemüht, die Aktionen des Bundesheeres zu verfolgen, um aus ihnen Indizien für die Schlagkraft und Einsatzbereitschaft des Bundesheeres abzuleiten. Darüber hinaus sprachen Berichte (und Gerüchte) von Angriffen der SA/"österreichischen Legion" auf österreichischen Grenzposten sowie von Truppenkonzentrationen an der tschechischen und italienischen Grenze¹⁵⁾. Gerade im Falle Italiens waren die österreichischen Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen, gab es doch seit Ende 1933 italienischerseits konkrete Pläne ("Plan 34"), im Falle eines Aufstandes Tirol und Kärnten zu besetzen, um die dort stationierten Truppen des Bundesheeres für einen Einsatz in Ostösterreich freizumachen.

Hier zeigt sich erneut jene Verflechtung von innenpolitischem Chaos und außenpolitischer Gefährdung, wie sie die Erste Republik kennzeichnete. Dadurch wird zwar die Handlungsweise der damaligen österreichischen Regierung in keiner Weise moralisch entschuldbar, wohl aber wird durch die Berücksichtigung all dieser Faktoren die Motivation eher nachvollziehbar, die im Februar 1934 zum Einsatz letztlich auch des Bundesheeres führte.

Anmerkungen und Literatur:

1. Beispielsweise sei hier auf einige interessante Diskussionsbeiträge im Protokoll des Symposiums "Das Jahr 1934: 12. Februar" verwiesen, das als Band 2 der Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission ... zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 (in der Folge als VWK zitiert) erschienen ist (Wien 1975, Seiten 25, 111, 135ff und besonders der Beitrag Bock auf Seite 139). Weiters die aufschlußreiche Arbeit von Franz Goldner, Dollfuß im Spiegel der US-Akten (St. Pölten 1979) Seite 87 sowie entsprechende Hinweise in den Memoiren des damaligen Sicherheitsdirektors von Oberösterreich, Hans (von) Hammerstein-Equord's, Im Anfang war der Mord (herausgegeben von Harry Slapnicka. Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte Band 3, Wien 1981) Seiten 118ff.

2. In richtiger Einschätzung der Situation verhielten sich die illegalen NS-Formationen, von Einzelfällen im Burgenland sowie in Oberösterreich abgesehen, befehlsgemäß abwartend, meldeten aber sofort nach den Kämpfen ihre Ansprüche als legitime Vertreter der österreichischen Arbeiterschaft an. Hitler formulierte das in einer Rede am 20. Februar 1934 folgendermaßen: "Ich bin überzeugt, daß die österreichischen Arbeiter als eine natürliche Reaktion auf die Gewalt, die die österreichische Regierung gegen sie gebraucht hat, nunmehr die Sache des Nationalsozialismus unterstützen werden". Zitiert nach Kurt Peball, Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe, Heft 25, Wien 1974) Seite 39.

3. Einen Überblick über die außenpolitische Lage Österreichs um 1934 geben die Aufsätze von Theodor Hornbostel, Fremde Einflüsse auf die Politik der I. Republik Österreich (In: Österreich in Geschichte und Literatur, 4. Jahrgang 1960, Sonderheft "Österreich 1918 bis 1934", Seite 38ff), Walter Hummelberger, Österreich und die Kleine Entente (In: Das Jahr 1934: 12. Februar. = VWK 2, Wien 1975, S. 34ff) und Karl Stuhlpfarrer, Österreichs außenpolitische Lage 1934 (In: Österreich 1927 bis 1938. = VWK 1, Wien 1973, S. 144ff).

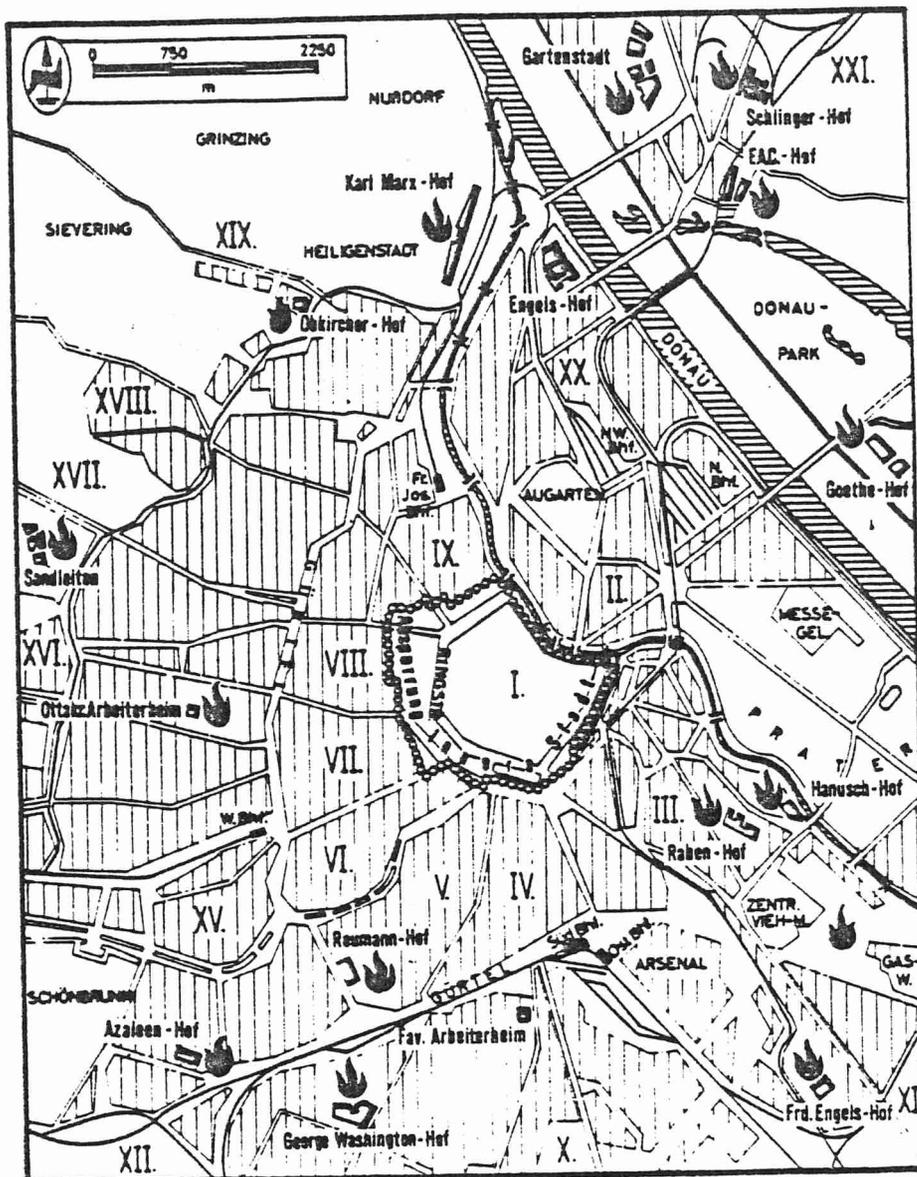
4. Der Februar-Aufbruch 1934. Das Eingreifen des österreichischen Bundesheeres zu seiner Niederwerfung (BMLV, Wien 1935) Seite 4.

5. Als Literatur über das Bundesheer der Ersten Republik sind neben etlichen neueren Aufsätzen (von Peter Broucek und Erwin Steinböck) in erster Linie die Arbeit von Ludwig Jedlicka, Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918 bis 1938 (Graz-Köln 1955) sowie die entsprechenden Abschnitte im Katalog des Heeresgeschichtlichen Museums "1918-1968", Die Streitkräfte der Republik Österreich (Wien 1968) heranzuziehen.

6. Zitiert nach Julius Deutsch, Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen (Karlsbad 1934) Seite 82.

7. Als erste Information dazu sei auf den Beitrag von Karl Haas, Wehrpolitik der Sozialdemokratie (In: Österreich 1927 bis 1938. = VWK 1, Wien 1973, S.75ff) verwiesen. Ausführlicher über den Republikanischen Schutzbund informiert die Dissertation von Christine Vlcek-Jacot, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation (Wien 1971).
8. Ilona Duczynska, Theodor Körner und der 12. Februar (In: Österreich 1927 bis 1938. = VWK 1, Wien 1973, S.109ff - sowie die Diskussionsbeiträge ebd. S.90 und 128). Außerdem sei die Körner-Biographie Eric C. Kollmann's genannt: Theodor Körner: Militär und Politik (Wien 1973), in diesem Zusammenhang besonders die Seiten 191f.
9. Vergleiche z.B. die Kritik Norbert Lesers an den Plänen Eiflers und Deutsch' (In: Das Jahr 1934: 12. Februar. = VWK 2, Wien 1975, S.62f).
10. Dazu wie auch zur Kontroverse Eifler-Körner die grundlegende Arbeit von Manfred Rauchensteiner, Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (In: Wiener Geschichtsblätter, 29. Jahrgang 1974, Sonderheft 2, Seiten 99ff), in diesem Zusammenhang besonders die Seiten 115f.
11. Diese Zahlen, die auf vergleichsweise verlässlichen Erhebungen des Bundesheeres beruhen, wurden zitiert nach Peball (wie Anm. 2), Anhang I, können aber lediglich Richtwerte geben. Andere Quellen nennen unterschiedliche Zahlenangaben; insbesondere für die illegalen Wehrverbände der Sozialdemokraten sowie der Nationalsozialisten ist es praktisch unmöglich, wirklich verlässliche Zahlen zu nennen.
12. Dieser "Eifler-Plan" wird bei Rauchensteiner (wie Anm. 10) eingehend erörtert.
13. Bundesverfassung: Art.79, Abs.2; Wehrgesetz 1978: § 2, Abs.1.
14. Diese kurze Zusammenfassung kann selbstverständlich nur einen Überblick über den Verlauf der Februarkämpfe 1934 geben. Vor allem die Vorgänge in Wien sind bei Peball (wie Anm. 2) und Rauchensteiner (wie Anm. 10) ausführlicher geschildert. An zeitgenössischen Arbeiten sind vor allem die offizielle Studie aus dem Jahre 1935 (wie Anm. 4) sowie die Arbeit von Julius Deutsch (wie Anm. 6) zu nennen.
15. Vergleiche dazu Rauchensteiner (wie Anm. 10), Seite 118 mit entsprechenden weiteren Literaturhinweisen.

Die Brennpunkte der Kämpfe in Wien vom 12. bis zum 16. Februar 1934



Aus: Kurt Peball, Die Kämpfe in Wien im Februar 1934
(=Militärhistorische Schriftenreihe 25)

